



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/130

Hannover, 25. Oktober 1948

Der Wahlausgang in Schleswig-Holstein

Erstes Urteil nach den ersten Ziffern

sp. Das wichtigste Merkmal der Gemeinde- und Kreiswahlen in Schleswig-Holstein ist das klare Bekenntnis zum deutschen Charakter Schleswigs. Die Frage hat in Deutschland und international seit Jahren die Gemüter bewegt, ihre Lösung im internationalen Rahmen wird das Votum vom 24. Oktober nicht unbeachtet lassen können. Auch die hohe Wahlbeteiligung ist ein Beweis dafür, wie sehr den deutschen Wählern an der nachdrücklichen Betätigung ihres Volkstums gelegen war. Vielen Leuten sind ihre Illusionen, die auf einer dänischen Zukunft aufbauten, hoffentlich endgültig verschlagen worden.

Diese nationale Note, wohl begründet in der besonderen Situation Schleswigs, hat offenkundig Ausstrahlungen nach Süden gehabt. In Holstein ist ein Ruck nach rechts unverkennbar, auch wenn die SPD ihre führende Stellung beibehalten konnte. Auch in die rein innerpolitische Auseinandersetzung in Holstein sind also viele Argumente aus dem stark mit ausenpolitischen Überlegungen durchsetzten Meinungskampf in Schleswig übernommen worden. Sie fanden ihren Niederschlag in einer oft masselosen nationalistischen Sprache auf Seiten der bürgerlichen Wahlgemeinschaft. Sehr bezeichnend ist ein Vorgang in Meldorf wo Flugblätter kaum verhüllten nationalsozialistischen Charakters verbreitet wurden, die so gehalten waren, dass jede der Parteien, die unterzeichnet hatten, sich zu der Erklärung veranlaßt sah, sie hätte mit diesem Flugblatt nichts zu tun. Innerhalb dieser Gesamttenenz hat auch die CDU, wie schon in der Zeit der Wahlvorbereitung deutlich wurde, eine verstärkte Wendung nach rechts durchgemacht.

Von den rund 100.000 Wählern, die seit den letzten Wahlen hinzugekommen sind, hat sich offenbar ein recht erheblicher Teil von einer nationalistisch gefärbten Sprache betören lassen. Gewisse Änderungen des bisherigen Wahlrechts werden in der Mandatsverteilung die Position der SPD schwächen, auch wenn sie die weitaus stärkste Partei geblieben ist. Die Tatsache ihrer auch künftig dominierenden Stellung bleibt besonders bemerkenswert unter dem Gesichtspunkt, dass sie seit Jahr und Tag allein in Schleswig-Holstein regierte, in einer Zeit und unter Umständen, die unendlich schwer gerade für dieses in jeder Hinsicht meist benachteiligte Land der Bizone sind. Die Festigkeit, die

die SPD unter der Last dieser Hypothek bewies, stellt ihrer Arbeit das beste Zeugnis aus.

Schliesslich verdient hervorgehoben zu werden, dass auch in Schleswig-Holstein die grossen Parteien, die ohne Vorbehalt auf demokratischer Grundlage arbeiten, in ihrer Gesamtheit ihre überragende Stellung gegenüber den extremen Splittergruppen behauptet haben. Die Abkehr des Wählers vom politischen Extrem bei gleichzeitiger hoher Wahlbeteiligung ist in jedem Falle ein gutes Zeichen für den politischen Gesundungsprozess in Deutschland. Sein Wert ist umso höher zu veranschlagen, als er sich im Zeichen schwerster persönlicher Bedrängnis des einzelnen vollzieht.

Adenauer und die Zusammenarbeit SPD-CDU

sp. In einem Schreiben an den Parteivorstand der SPD bezeichnet die Abgeordnete des niedersächsischen Landtages, Maria Meyer-Sevenich (früher CDU, seit einigen Monaten unabhängig), die seinerzeitige Erklärung Dr. Adenauers in Herne, dass die SPD alle Schritte zu einer Annäherung der beiden grossen Parteien abgelehnt habe, als "eine bewusste Unwahrheit". Frau Meyer Sevenich schildert in dem Brief eine Begegnung, die auf Wunsch Adenauers mit ihm im April dieses Jahres in Minden im Zusammenhang mit der damaligen niedersächsischen Regierungskrise stattfand. Frau Meyer-Sevenich setzte sich damals für eine Koalition SPD/CDU in Niedersachsen ein. Wörtlich schreibt Frau M.-S. in dem Brief u.a.: "Demgegenüber bemühte sich Dr. Adenauer in erdenklichster Weise, das Zustandekommen der Koalition zu verhindern, weil er befürchtete, dass hierdurch die Abgeordneten der Deutschen Partei veranlasst werden könnten, aus der CDU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat auszuschneiden. Dr. Adenauer liess unzweideutig erkennen, dass ihm jede Veränderung der Verantwortung im Frankfurter Wirtschaftsrat im Hinblick auf bevorstehende Wahlen in der Trizone unerwünscht sei. Er machte mich immer wieder auf die bevorstehende Verbesserung der deutschen Versorgungslage aufmerksam, die der in Frankfurt verantwortlichen CDU bei künftigen Wahlen zugutekommen müsste.

Meinen Besorgnissen bezüglich der Fähigkeiten des Herrn Dr. Erhard versuchte Dr. Adenauer damit zu begegnen, dass er mir ankündigte, Herr Erhard werde demnächst einen sehr tüchtigen Staatssekretär beigeordnet bekommen.

Ich habe Herrn Adenauer dann auch unmittelbar über seine Bereitwilligkeit zu einer Zusammenarbeit mit der SPD befragt. Ich formulierte die Frage bewusst so, dass ich eine für die CDU maximal wünschenswerte Verhandlungsgrundlage unterstellte:

"Wären Sie zu einer Zusammenarbeit der beiden Parteien im Wirtschaftsrat bereit, wenn sich die SPD hierzu auf der Basis der programmatischen Forderungen der CDU bereit erklärt?"

Die Formulierung lag nahe, weil in Niedersachsen eine solche Lage gegeben schien. Dr. Adenauer antwortete mir sofort sinngemäss und etwa wörtlich: "Nein - da brauche ich gar nicht lange zu überlegen, weil ich darüber schon lange genug nachgedacht habe." (m/2/2510/1/he)

Der Sinn des ostdeutschen Polizeiherees

Von Willy Brandt, Berlin

Die Führung des ostzonalen Polizeiministeriums hat kürzlich zu erkennen gegeben, welche Ziele man verfolgt. Eine Bevölkerung von 18 Millionen soll mit 400.000 Mann Polizei beglückt werden. In dieser Riesenziffer scheinen zu Dreiviertel die teils bereits geschaffenen, teils noch zu schaffenden und bewaffnenden kommunistischen Milizen enthalten zu sein. Größtes Gewicht wird auf den Ausbau der neuen, kasernierten Bereitschaftsabteilungen gelegt, deren Mannschaftsstärke von 15.000 Mann auf 25.000 Mann erhöht werden soll. Bei ihnen handelt es sich ebenso wie bei der auf nahezu 10.000 Mann anwachsenden Grenzpolizei um ausgesprochen militärische Formationen mit eindeutig politischer Ausrichtung. Der mit Paulus und Seydlitz bei Stalingrad gefangengenommene General Lattmann wurde zum Ausbildungschef des ostzonalen Polizeiherees berufen.

Dazu kommt die Nachfolgeorganisation der Gestapo, die sogenannte K 5, die auch als verlängerter Arm der NKWD bezeichnet werden kann.

Tausende ehemaliger Kriegsgefangenen sind in den letzten Wochen aus Russland zurückgekehrt, nachdem sie sich bereits vorher für den Polizeidienst verpflichtet und entsprechende Umschulungslager passiert hatten. Es handelt sich in keinem der bisher bekanntgewordenen Fälle um den Einsatz geschlossener Formationen, sondern um den gruppenmäßigen Einbau in bestehende oder neugebildete Einheiten. Man sollte sich allerdings weder in Wilhelmshöhe, wo die "Verwaltung des Innern" mit dem mysteriösen Dr. h. c. Fischer an der Spitze residiert, noch bei den Russen in Karlshorst allzu grosse Illusionen über die Zuverlässigkeit derjenigen machen, die eine sich ihnen bietende Chance zur Rückkehr nach Deutschland ergriffen haben. Äusserlichkeiten sind da nicht immer bedeutungslos. So sollte nicht der preussische Schnitt der neuen Uniformen übersehen werden, gegen die die Komitee-Offiziere ihr nigmassiges Felagrau eintauschen. Viel wichtiger aber ist noch die veränderte und gewaltig gesteigerte Bewaffnung der Ost-Polizei. Maschinenpistolen und Maschinengewehre treten an die Stelle der Karabiner. Teilweise wurden auch schwere Waffen zugeteilt. In den Ausbildungskämpfen spielen Strassenkämpfe, Bürgerkriegssituationen und Partisanenbekämpfung eine wesentliche Rolle. Schliesslich erfährt man, dass in Sachsen Einheiten bereitstehen, um gegebenenfalls die polizeiliche "Betreuung" der Berliner Westsektoren zu übernehmen.

Wozu das alles? Trauen sich die Russen nicht zu, die erdrückende, abwehrlose Volksmehrheit ihrer Zone weiterhin allein in Schach halten zu können? Rechnen sie mit ernstern Unruhen, wie sie sich in anderen

Gebieten des sowjetischen Machtbereichs bereits eingestellt haben? Oder visieren sie tatsächlich auf das, was in den Warschauer Beschlüssen "Abzug der Besatzungstruppen" genannt wurde? Zunächst ist festzustellen, dass der amerikanische Beobachter recht hatte, der in der vergangenen Woche bemerkte, die Moral in der Ostzone sei auf einen neuen Tiefstand gesunken. Ebenso richtig ist, dass jedem Polizeistaat die Tendenz zur Elefantenkrankheit innewohnt. Aber diese beiden Erklärungen reichen allein nicht aus. Aussenpolitisch aber möchte man offenbar für den Fall, dass es zu der seit langem erwogenen Proklamierung einer ostdeutschen "Volksrepublik" kommen sollte, den Anspruch ihrer Regierung auf Vertretung des ganzen Deutschland offenbar dadurch unterstützen, dass man die Okkupationsarmee reduziert und ihre verbleibenden Teile so wenig wie möglich in Erscheinung treten lässt. (Wahrscheinlich überschätzt man bei weitem die Rückwirkungen, die sich daraus im Westen ergeben könnten.) Man ist weiterhin der Ansicht, dass man ein Gebiet auch mit nur fünf Prozent der Bevölkerung beherrschen kann, vorausgesetzt, dass diese fünf Prozent über die materiellen Machtmittel verfügen. All das würde nur auf einen Fassadenwechsel der sowjetischen Zone hinauslaufen.

Vielleicht rechnet man jedoch in russischen Kreisen immer noch mit der Möglichkeit, dass es doch zu internationalen Vereinbarungen über einen allgemeinen Abzug der Besatzungstruppen kommt. Wir können nur hoffen, dass die demokratische Welt genug gelernt hat, um die Entstehung eines polizei-kommunistisch aufgefüllten Vakuums in Deutschland zu verhindern.

"Kalter Krieg" wird langsam warm

Zur Herbstkampagne der italienischen KP

E.A.M., Verona - Ende Oktober

Die Herbstkampagne der italienischen Kommunisten hat in offensichtlichem Zusammenhang mit parallelen Vorgängen in Frankreich begonnen. Das Dilemma der Regierung, den Haushaltsfehlbetrag zu reduzieren oder eine zusätzliche Belastung von 150 Mrd. Lire für Erhöhung der Beamtenlöhne in Kauf zu nehmen (gegenwärtig kommt einschliesslich der Lokalbehörden 1 Beamter auf 30 Italiener), hat der kommunistischen Taktik zu einem neuen Erfolg verholfen. Versagt hat dann wie beim Generalstreik am 14. Juli die Strategie: die Leitung der Ordnungskräfte durch Innenminister Scelba erwies sich wiederum als zu stark. Eine ernstere Entwicklung dürfte dagegen die industrielle Streikwellen nehmen, die in Oberitalien in den Falck-Werken und als Sympathiestreik in der Mailänder Industriezone Sesto S. Giovanni und in Süditalien mit Schwierigkeiten in napolitanischen Werften begann. Das Problem

der Produktionsrentabilität und Arbeiterentlassungen schafft immer neue Agitationsgründe, derer sich die Kommunisten zu bedienen versteifen. Trotz nicht zu unterschätzender Teilerfolge der christlich-demokratischen Gewerkschaft (A.C.L.I.) muss festgestellt werden, dass der kommunistisch beherrschte italienische Gewerkschaftsbund (CGIL) das Heft in der Hand behalten hat.

Die strategischen Fehler der Kommunisten waren in letzter Zeit mehrfach Anlass zu kommunistischer Selbstkritik. Togliatti sagte auf einer Sitzung des Zentralkomitees, dass "aus 2,5 Millionen eingeschriebenen Mitgliedern 2,5 Millionen Kommunisten werden müssen" und unterstrich die Notwendigkeit einer ideologischen Stärkung der Kampffront. Auf der anderen Seite setzte er sich für "neue Kräftegruppierungen" ein, welche die Voraussetzungen zur Bildung einer "demokratischen Regierung" schaffen könnten. Alle kommunistische Strategie in Italien leidet an diesem unheilbaren Widerspruch zwischen einer ideologischen Konzeption, die Zugeständnisse nicht kennen kann, und der Praxis mit Kompromissen und Allianz Wünschen. Wie das doppelte Ziel einer stärkeren Hinwendung zur "reinen Lehre" mit der Abschwächung eines Gegensatzes zu den Sozialisten Nennis erreicht werden soll, bleibt dabei offen. Bemerkenswert ist, dass zum ersten Mal die Existenz einiger von der Parteilinie abweichender nationalistischer und intellektueller Strömungen innerhalb der Partei eingestanden wurde. Die von Longo gegen die Intellektuellen erhobenen Anschuldigungen waren schwer; man fragt sich, ob diese sonst so geschätzten, attraktiven Propagandisten nun einer Reinigung zum Opfer fallen. Togliattis Wort vom Opportunismus gewisser Kreise dürfte sich indessen mehr auf die Vergangenheit der letzten drei Jahre beziehen; opportunistische Italiener und Industrielle des Landes treten angesichts der Nachrichten aus Berlin und der deutschen Sowjetzone den Kommunisten nicht mehr bei. Darüber kam auch die wachsende Kritik an ERP und der Wirtschaftspolitik der Regierung in Rom nicht hinwegtäuschen. Scelbas drastische Beurteilung der kommunistischen Vorhaben anlässlich der Statsberatung des Innenministeriums in der Kammer hat ihren Eindruck nicht verfehlt: "Da Ihr das Parlament nicht anstecken könnt versucht Ihr es mit Aufwühlen der Völkermassen zu überschwemmen."

Der "kalte Krieg" in Italien erwährt sich gefährlich. Die kommunistische Parteientschliessung "Zur Verteidigung des Friedens und der Unabhängigkeit" bedeutet trotz aller Friedensbeteuerungen bereits einen Willkommensgruss für den Bürgerkrieg. Im übrigen würden acht Millionen Italiener sowjetische Invasionsarmeen als Befreier begrüßen, fügte der kommunistische Senator im Palazzo Madama zur völligen Klärung hinzu. Der Innenminister Scelba stellte demgegenüber fest: "Wir wissen, dass wir über eine grosse Macht verfügen: Treue gegenüber den Gesetzen, der Freiheit und der Demokratie."

"Fälle", die die Uno nicht erreichen

sp. Auch auf der Tagesordnung der diesmaligen Uno-Vollversammlung steht wieder der Fall der russischen Ehefrauen englischer Männer, die immer noch in Russland festgehalten werden. Die Welt empfindet das Unrecht und versucht zu helfen.

Es gibt hinter dem Eisernen Vorhang ein würdiges Gegenstück für diese russische Haltung. Polen hält in seinen Grenzen eine ganze Anzahl Frauen fest, deren Ehemänner Deutsche sind und sich westlich der Oder/Neisse-Linie befinden. Als die Russen in den Raum östlich der Oder eindrangen, entstanden chaotische Verhältnisse. Die deutschen männlichen Zivilisten wurden interniert und verschleppt, während die Frauen, soweit sie nicht das Schicksal der Männer teilten, unter den furchtbarsten Verhältnissen in der Heimat die Rückkehr ihrer Männer erwarteten. Nach dem 10. Mai 1945 liessen sich die polnischen Behörden hässlich nieder und erklärten, das Land sei nun polnisch und damit hätte sich die Bevölkerung abzufinden. Obwohl es in dem etwas späteren Abkommen anders lautet.

In einzelnen Gebieten rechts der Oder, z.B. Oberschlesien, Posen, Westpreussen (Polnischer Korridor), Danzig, ergab sich unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit, die vorläufige (tym czasowy) polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Viele Frauen taten es in Erwartung der Heimkehr ihrer Männer. Sie wollten von den Polen nicht ausgewiesen werden, sie wollten den Rückkehrern das Heim erhalten. Dafür nahmen sie es auf sich, alle Entdeutschungsmassnahmen der Polen zu ertragen. Sie leisteten schwerste körperliche Arbeit (Bahnarbeiten, Verladearbeiten, Strassenbau, Waldarbeiten, Grubenarbeit über Tage, Hafenarbeiten usw.), um das eigene und das Leben der Kinder zu fristen. Es begannen die Ausweisungen der Nichtpolen.

Inzwischen aber entliessen die Russen kranke und arbeitsunfähige Internierte. Viele von ihnen wurden gar nicht mehr nach Hause geschickt, sondern über Frankfurt/Oder sofort in die Gebiete Restdeutschlands. Bis zum Frühjahr 1947 war es den Frauen des öfteren noch möglich, ihre Männern zu folgen, indem sie in Ausgewiesenentransporte gingen, was zwar nicht immer leicht war, sich aber doch häufig trotz der erworbenen polnischen Bürgerschaft ermöglichen liess.

Viele Frauen aber erfuhren von dem Schicksal ihrer Männer erst, als die Aussetzung der Deutschen aus den deutschen Ostgebiete beendet war. Die Männer sind nun in Westdeutschland und die Frauen mit den Kindern und vorläufiger polnischer Staatsangehörigkeit jenseits der Oder. Sie bemühen sich bis heute vergeblich, aus Polen herauszukommen.

• Das sind die "Fälle", die die Uno nicht erreichen, die Fälle, die die Weltöffentlichkeit nicht kennt, die Fälle, in denen niemand hilft.

Silesius

Sozialistische Wohnungsbaupolitik

sp. In einem "Aufruf zum Wohnungsbau" verlangte der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die unverzügliche Inangriffnahme des sozialen Wohnungsbaues. In Erweiterung der demals beschlossenen Richtlinien wurden anlässlich einer von der SPD-Fraktion des Wirtschaftsrates nach Bad Vilbel am 22. Oktober 1948 einberufenen Tagung sozialdemokratischer Fachleute des Bau- und Wohnungswesens acht Grundsätze beschlossen. Mit der Durchführung der Vorarbeiten wurde der bei dem Parteivorstand bestehende "Ausschuss für soziales Bauen" betraut.

1. Für die Wohnungsbautätigkeit 1949 ist auszugehen von der Leistungskapazität, die die Baustoffindustrie im Rahmen der Länder hat. Dabei ist die Sicherung einer genügenden Kohlezuteilung wichtige Voraussetzung. Ebenso ist die Kapazität der Bauindustrie und des Baugewerbes, von den örtlichen Verhältnissen ausgehend, für die Pläne in der engeren Umgebung zur Grundlage zu machen. Der Wiederaufbau und Neubau ist miteinander gemeinsam zu planen. Das Zahlenmaterial muss von der örtlichen Basis her in den Ländern zusammengestellt werden.
2. Schnellstens sollen alle Untersuchungen und Feststellungen zusammengefasst werden, wie die Erweiterung der Kapazität der Baustoffindustrie erreicht werden kann. Die serienmässige Herstellung von genormten Baueinzelteilen ist weitestgehend zu fördern.
3. Einheitliche Baupreispolitik für alle öffentlichen und öffentlich geförderten Bauten muss erreicht werden. Geeignete Lenkung aller Bauten soll in unbürokratischer Weise und, ohne an die staatlichen Organisationsformen gebunden zu sein, erreicht werden. Dabei ist die Limitierung von Preisen vorzusehen und durch entsprechende Beschlüsse und Weisungen der öffentlichen Körperschaften die wirksamste Mitarbeit und Bildung aller für öffentliche Bauten und öffentlich geförderte Bauten in Frage kommenden Träger zu sichern. Gegebenenfalls sollen auch als wirksame Mittel Auftragsperren dieser für den Umfang der Bautätigkeit wichtigen Bedarfsträger eingesetzt werden. Die aus der zunehmenden Produktion resultierende Kostenverbilligung soll durch eine laufende Herabsetzung der öffentlichen Subventionssätze je Einheit (System der degressiven Zuschüsse) gefördert werden. Öffentliche und öffentlich festgesetzte Gebühren sind auf die Wohneinheit abzustellen.

4. Von der Gesamtkapazität soll mindestens 50 Prozent des Volumens für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt werden. Die Sicherung der Baustoffe für den sozialen Wohnungsbau muß mit Produktionsauflagen erreicht werden. Eventuell ist für das gesamte Programm zu erwägen, wie weit möglicherweise die Produktion von Baustoffen für den sozialen Wohnungsbau mit kredit- und steuerpolitischen Mitteln besonders gefördert werden kann.
5. Die Förderung aller vorhandenen sowie die Erstellung neuer gemeinwirtschaftlicher Produktions-, Handels- und Baubetriebe sind ein wichtiges Mittel staatlicher Wohnungspolitik.
6. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau erfolgt als
 - a) nicht kapitalistischer Wohnungsbau und zwar Mietwohnungsbau durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen, Selbstversorgerwohnungsbau: Umsiedlung sowie Einzelhäuser im Eigentum des Bewohners in Stadt und Land, auch mit Einliegerwohnungen,
 - b) privater Mietwohnungsbau - jedoch mit Mietkalkulationen nach gemeinnützigen Grundsätzen.

Der Werkwohnungsbau (durch Arbeitgeber mit deren Verfügung über den Wohnraum) ist abzulehnen. Dagegen ist der werkgeförderte gemeinnützige Wohnungsbau durch Hergabe von Arbeitgeber-Darlehen erwünscht. Arbeitgeber-Baudarlehen an einzelne Arbeitnehmer sind als unkündbare Tilgungsdarlehen ohne Nebenabreden zu gewähren.

7. Das Aufbaugesetz, das unter Beteiligung aller staatlichen Instanzen und der Gemeinden vom Zentralamt für Arbeit in Lemgo vorgelegt ist, soll auf dem Wege der Landesgesetzgebung beschleunigt in Kraft gesetzt werden.
8. Im Interesse einer angemessenen Beteiligung des sozialen Wohnungsbaues am allgemeinen Geld- und Kapitalmarkt, ist eine einheitliche Zinspolitik und Sparpflege auf wohnungspolitischen Gebieten anzustreben. Dieses Erfordernis ist durch eine entsprechende zentrale Gesetzgebung und Kapitalmarktpolitik sicherzustellen.

Partei Vorstand tagt in der französischen Zone

sp. Am 29. und 30. Oktober findet in Speyer die Tagung des Parteivorstandes der SPD statt. Es ist die erste Tagung dieser Art in der französischen Zone. Die Tagesordnung umfaßt u.a. folgende Punkte: Die Verhandlungen in Bonn, die Lage in Berlin, die Ergebnisse der Gemeindevahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein; die neue Pressepolitik der amerikanischen Militärregierung usw.

Am 30. Oktober findet um 17.00 Uhr im Anschluß an die Tagung eine Pressekonferenz im Stadtsaal der Stadt Speyer statt.

Verantwortlich: Peter Raunau